

Niedersächsisches
Kultusministerium

Anhörungfassung

Kerncurriculum
für das Gymnasium
Schuljahrgänge 8 -10

Politik - Wirtschaft



Niedersachsen

An der Weiterentwicklung des Kerncurriculums für das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft in den Schuljahren 8 – 10 des Gymnasiums waren die nachstehend genannten Personen beteiligt:

Das Kerncurriculum kann als „PDF-Datei“ vom Niedersächsischen Bildungsserver (NIBIS) unter <http://www.cuvo.nibis.de> heruntergeladen werden.

Inhaltsverzeichnis		Seite
1	Bildungsbeitrag des Faches Politik-Wirtschaft	5
2	Kompetenzorientierter Unterricht	7
2.1	Basiskonzepte	7
2.2	Fachkonzepte	8
2.3	Kompetenzerwerb	9
2.4	Innere Differenzierung	11
3	Erwartete Kompetenzen	13
3.1	Sachkompetenz	13
3.2	Methodenkompetenz	14
3.3	Urteilskompetenz	14
3.4	Zusammenführung der Kompetenzbereiche	15
4	Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung	21
5	Aufgaben der Fachkonferenz	23
	Anhang: Operatoren Politik-Wirtschaft	24

1 Bildungsbeitrag des Faches Politik-Wirtschaft

Die Komplexität moderner Gesellschaften, die sich aus den strukturellen Zusammenhängen zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ergibt, erschließt sich den Bürgerinnen und Bürgern¹ nicht allein aus eigenen Alltagserfahrungen. Die zentrale Aufgabe des Unterrichtsfaches Politik-Wirtschaft ist es, die Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sachverhalte, Probleme und Interdependenzen zu erfassen, zu beurteilen sowie Interessen zu artikulieren und Entscheidungen zu treffen. Die im Bereich der politischen und ökonomischen Bildung erwarteten Kompetenzen sollen die Lernenden dazu befähigen, sich in der demokratischen Gesellschaft in öffentlichen Angelegenheiten und ökonomischen Situationen verantwortungsbewusst einzubringen.

Das Leitbild des Faches Politik-Wirtschaft ist der politisch und ökonomisch mündige Bürger. Aus der Sicht des Einzelnen bedeutet politische und ökonomische Mündigkeit die Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln in sozialer Verantwortung. Mündigkeit impliziert damit die Wahrnehmung von Verantwortung sowohl gegenüber sich selbst als auch gegenüber den Mitmenschen und der Umwelt. Die so verstandene Mündigkeit ist eine Bedingung für erfolgreiche Partizipation, welche die Teilhabe an demokratischen und marktwirtschaftlich geprägten Prozessen als interventionsfähiger Bürger, mündiger Verbraucher und Erwerbstätiger einschließt.

Der entscheidungs- und interventionsfähige mündige Bürger ist eine unerlässliche Zielperspektive schulischer Bildung für die Erhaltung und Weiterentwicklung der demokratischen Kultur, des demokratischen politischen Systems und einer auf freiheitlichen und sozialen Prinzipien beruhenden Wirtschaftsordnung.

Das Spannungsverhältnis zwischen Konflikt und Konsens bzw. Konkurrenz und Kooperation ist ein wesentliches Charakteristikum politischer und ökonomischer Prozesse. In einer freiheitlichen, demokratischen, sozialen und marktwirtschaftlich organisierten Ordnung muss politische und ökonomische Bildung dazu beitragen, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, Konflikte auszuhalten, gewaltfrei auszutragen und vernunftgeleitet zu lösen sowie Konkurrenz und Kooperation als produktive Elemente wirtschaftlicher Austauschprozesse zu erkennen. Das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft folgt dem in § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes formulierten Bildungsauftrag, indem es die Lernenden dazu befähigt, „die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen“, „ökonomische (...) Zusammenhänge zu erfassen“, „sich im Berufsleben zu behaupten“, „das soziale Leben verantwortlich mitzugestalten“ und „zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen“.

¹ In diesem Kerncurriculum sind im Sinne des generischen Maskulinums einige Begriffe (z. B. „der mündige Bürger“, „der Konsument“) immer als geschlechtsgemischte Gruppen bezeichnet.

Der Unterricht im Fach Politik-Wirtschaft genügt dabei stets den drei grundsätzlichen Anforderungen nach dem Beutelsbacher Konsens: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung.

Das Leitziel des mündigen Bürgers macht die Förderung von Medienkompetenz bei den Lernenden unabdingbar. Politik und Wirtschaft werden heute überwiegend medial vermittelt und erfordern einen reflektierten Umgang mit Medien als Voraussetzung für eine selbstbestimmte Partizipation am demokratischen Willensbildungsprozess und am Wirtschaftsgeschehen. Die Beschäftigung mit Medien, ihrer gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bedingtheit, ihrer Organisation und Struktur, ihrer Informations-, Meinungsbildungs- und Kontrollfunktion sowie ihren Möglichkeiten zur Manipulation und Inszenierung sind konstitutive Bestandteile des Unterrichtsfaches Politik-Wirtschaft.

Gleichzeitig werden Medien im Fachunterricht genutzt, um die individuelle und aktive Wissensaneignung und selbstverantwortliches, kooperatives und kreatives Lernen zu fördern. Sie sind wichtiges Element zur Erlangung fächerübergreifender Methodenkompetenz und dienen Schülerinnen und Schülern dazu, sich Informationen zu beschaffen, sie zu interpretieren sowie kritisch zu bewerten. Medienkompetenz fördert die Fähigkeit, Aufgaben und Problemstellungen selbstständig und lösungsorientiert zu bearbeiten. Medienkompetente Schülerinnen und Schüler wählen Informationsangebote reflektiert aus, nutzen Informationen sachkompetent und bewerten Informationen in Bezug auf Herkunft und Wirkungen. Sie nutzen virtuelle und reale soziale Netzwerke und digitale Kommunikationsplattformen aktiv und verantwortungsbewusst.

Die Bildung zur nachhaltigen Entwicklung bleibt stets ein wesentlicher Anspruch des Faches und impliziert, dass wechselseitige Abhängigkeiten erkannt und Wertmaßstäbe für eigenes Handeln sowie ein Verständnis für gesellschaftliche Entscheidungen entwickelt werden.

Durch die Beteiligung an berufsorientierenden Konzeptionen wirkt das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft im Besonderen an der Befähigung zur Aufnahme einer Berufstätigkeit und an der Vorbereitung auf eine begründete Berufswahlentscheidung der Schülerinnen und Schüler mit. Das Schülerbetriebspraktikum, die Betriebserkundung und die Zusammenarbeit mit Betrieben, der Berufsberatung der Arbeitsagenturen, mit Kammern, Wirtschaftsverbänden und anderen geeigneten Einrichtungen sind zielführende Maßnahmen, um die Schülerinnen und Schüler im Rahmen politischer und ökonomischer Bildung auf Herausforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten.

Rechtliche Grundlagen

Allgemeine Rechtsgrundlagen für das fachbezogene Kerncurriculum sind das Niedersächsische Schulgesetz, die Verordnung über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung sowie die Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung. Für die Umsetzung der Kerncurricula gelten die fachspezifischen Bezugserlasse.

2 Kompetenzorientierter Unterricht

Der Anspruch des Unterrichtsfachs Politik-Wirtschaft ist es, die integrierenden Potenziale von politischer und ökonomischer Bildung zu nutzen und die jeweiligen Perspektiven der beiden Domänen zu wahren. Nur wenn die Schülerinnen und Schüler über grundlegende politische und ökonomische Kompetenzen verfügen, ist es möglich, gesellschaftliche Phänomene umfassend zu analysieren und dabei die Leistungsfähigkeit und die Grenzen domänenspezifischer und integrierender Zugänge zu erfahren. In Erweiterung der kategorialen Didaktik und in Anlehnung an den aktuellen fachdidaktischen Diskurs wird das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft mithilfe von Basis- und Fachkonzepten strukturiert. Konzepte dienen dazu, im Bildungsprozess aus Wahrnehmungen Erfahrungen werden zu lassen und Kompetenzen herauszubilden. Im Unterricht des Faches Politik-Wirtschaft werden die verbindlichen Kompetenzen an aktuellen gesellschaftlichen Problemstellungen aus den im Kerncurriculum genannten Gegenstandsbereichen entwickelt. Die Arbeit an diesen Problemstellungen umfasst mindestens zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit.

2.1 Basiskonzepte

Als Grundlage für einen kumulativen Kompetenzaufbau und eine Vernetzung von Erkenntnissen im Unterricht dienen Basiskonzepte, welche die fachlich begründeten Ordnungen der Domänen Politik und Wirtschaft entfalten und zusammenführen. Sie dienen als Strukturierungshilfen sowohl für domänenintegrierende als auch für domänenspezifische Lehr-Lern-Prozesse im Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft. Mit den Basiskonzepten werden individuell und gesellschaftlich relevante Phänomene für den Unterricht fachdidaktisch systematisiert. Basiskonzepte bieten so eine integrierende Ordnung, welche die Dimensionen und Perspektiven zweier näher, sich für den unterrichtlichen Zweck ergänzender Domänen zusammenführt. Soziologische und rechtliche Perspektiven auf gesellschaftliche Problemstellungen lassen sich ebenfalls integrieren.

Als Kern des Faches Politik-Wirtschaft sind drei Basiskonzepte grundlegend:

- „Motive und Anreize“
- „Interaktionen und Entscheidungen“
- „Ordnungen und Systeme“

Das Basiskonzept „**Motive und Anreize**“ bezieht sich auf die inhaltlich-normative Dimension von Politik und die ökonomische Perspektive von Anreizen und Restriktionen. Gesellschaftliche Phänomene und Problemstellungen werden in den Sozialwissenschaften in der Regel auf die Handlungen von Individuen zurückgeführt. Sowohl politische als auch ökonomische Handlungen lassen sich auf die individuellen Motive der jeweiligen Akteure und die handlungsbedingenden Anreize und

Restriktionen in den jeweiligen sozialen Situationen zurückführen. Die ökonomische Perspektive fokussiert die Handlungsbedingungen einer sozialen Situation und unterstellt zu Analysezwecken, dass sich die Individuen rational und vorteilsorientiert verhalten (Ökonomische Verhaltenstheorie), aber auch soziologische und psychologische Aspekte ökonomischen Handelns finden zunehmend Berücksichtigung (Verhaltensökonomik). In der Politik geraten die Interessen und Wertorientierungen in den Blick, die das Handeln politischer Akteure leiten (inhaltlich-normative Dimension von Politik).

Das Basiskonzept „**Interaktionen und Entscheidungen**“ verweist auf die sozialen Prozesse in Politik und Wirtschaft, die der Koordination, der Willensbildung und der Entscheidungsfindung bedürfen. Die Handlungen politischer und ökonomischer Akteure sind stets eingebettet in Interaktionszusammenhänge. In ökonomischen Kontexten vollziehen sich Interaktionen vor allem auf Märkten (Tausch). Kennzeichnend sind die Wechselbeziehungen zwischen den Akteuren (Haushalt, Unternehmen, Staat), die mithilfe von Kreislaufmodellen veranschaulicht werden können (Kreislaufzusammenhänge). Prozesse der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung werden diskursiv ausgetragen und sind durch Konflikte und das Bemühen um Kompromisse gekennzeichnet (prozessuale Dimension von Politik). Das Modell des Politikzyklus veranschaulicht und strukturiert komplexe Prozessabläufe.

Das Basiskonzept „**Ordnungen und Systeme**“ umfasst die ökonomische Dimension der Ordnungszusammenhänge und die politische Dimension in institutionell-formaler Hinsicht. Ökonomische und politische Handlungen vollziehen sich stets im Kontext staatlicher Rahmenbedingungen. Die Koordination und Steuerung ökonomischer Aktivitäten bedarf eines Institutionen- und Regelsystems in Form einer Wirtschaftsordnung. Die Ausgestaltung dieser Ordnung hat Auswirkungen auf das Verhalten der Akteure (Ordnungszusammenhänge). Die Prozesse der politischen Willensbildung und politische Konflikte werden ebenso durch Institutionen kanalisiert. Politische Ordnungen ermöglichen verbindliche Entscheidungen (institutionell-formale Dimension von Politik).

2.2 Fachkonzepte

Fachkonzepte dienen im Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft dazu, Problemstellungen kategorial zu erschließen, fachspezifische Verknüpfungen aufzuzeigen und Zusammenhänge zwischen sozialen Phänomenen nachzuvollziehen. Sie bieten damit fachliche Perspektiven auf Problemstellungen im Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft. Vorunterrichtliche Vorstellungen von Schülerinnen und Schülern können mithilfe der Fachkonzepte weiterentwickelt, neu ausgerichtet oder reorganisiert werden.

Integrierende Fachkonzepte wie etwa „Nachhaltigkeit“, „Konflikt“ oder „Sozialstaat“ eröffnen umfassendere Perspektiven auf Problemstellungen, die das Zusammenwirken von ökonomischen, politischen, soziologischen und weiteren Erklärungsansätzen einfordern. Durch die Unterscheidung von ökonomischen und politischen Fachkonzepten werden im Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft die Perspektiven der beiden Domänen gewahrt. So ermöglicht beispielsweise das Fachkonzept „Effizienz“

eine ökonomische und das Fachkonzept „Demokratie“ eine politische Perspektive auf Problemstellungen.

Die Fachkonzepte können einem oder mehreren der drei Basiskonzepte zugeordnet werden. Die Zuordnung ergibt sich aus der Festlegung des jeweiligen Gegenstandsbereichs, der ausgewählten Problemstellung und der zu erwerbenden Kompetenzen.

Die Fachkonzepte können bei der Unterrichtsplanung, -durchführung und -reflexion sowie im Lehr-Lernprozess selbst als ordnende und verknüpfende Instrumente dienen, da sie einerseits die Auswahl und didaktische Aufbereitung relevanter Problemstellungen anleiten, andererseits im Lernprozess Strukturierungen anbieten.

Die ausgewählten Fachkonzepte stellen den Kern für das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft dar. Darüber hinaus können weitere Fachkonzepte für den Unterricht genutzt werden.

2.3 Kompetenzerwerb

Die verbindlichen Kompetenzen im Unterrichtsfach „Politik-Wirtschaft“ werden an Problemstellungen aus den folgenden grundlegenden **Gegenstandsbereichen** erworben:

- Schuljahrgang 8
 - Konsumententscheidungen Jugendlicher
 - Politischer Entscheidungsprozess im Nahbereich

- Schuljahrgänge 9 und 10
 - Unternehmen und Arbeitsbeziehungen
 - Politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozess auf Bundesebene
 - Verfassungsprinzipien und Soziale Marktwirtschaft
 - Wandel der Arbeitswelt
 - Europäische Union

Kompetenzen umfassen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, aber auch Bereitschaften, Haltungen und Einstellungen, über die Schülerinnen und Schüler verfügen müssen, um Problemstellungen gewachsen zu sein. Kompetenzerwerb zeigt sich darin, dass zunehmend komplexere Problemstellungen gelöst werden können.

Schülerinnen und Schüler sind kompetent, wenn sie zur Bewältigung von Problemstellungen ...

- auf vorhandenes Wissen zurückgreifen,
- die Fähigkeit besitzen, sich erforderliches Wissen zu beschaffen,
- zentrale Zusammenhänge des jeweiligen Sach- bzw. Handlungsbereichs erkennen,
- angemessene Handlungsschritte durchdenken und planen,
- Lösungsmöglichkeiten kreativ erproben,
- angemessene Handlungsentscheidungen treffen,
- beim Handeln verfügbare Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten einsetzen,
- das Ergebnis des eigenen Handelns an angemessenen Kriterien überprüfen.

Kompetenzen sind in unterschiedlichen Kontexten nutzbar und können auf neue Problemstellungen bezogen werden.

Unter **Problemstellungen** werden für den Unterricht didaktisch aufbereitete gesellschaftliche, politische und ökonomische Phänomene verstanden. Problemorientierter Unterricht impliziert Problemstellungen. Aktuelle und wesentliche Problemstellungen aus den Gegenstandsbereichen des Faches Politik-Wirtschaft werden in einem Prozess der didaktischen Rekonstruktion für den Unterricht ausgewählt, reduziert und aufbereitet. Darüber hinaus können weitere aktuelle Problemstellungen in den Unterricht eingebracht werden.

Die Problemstellungen werden mithilfe von folgenden Grundsätzen erschlossen:

- Problemorientierung: Ein gesellschaftlich relevantes Problem wird zu einer Problemstellung für den Unterricht rekonstruiert, damit Problemstruktur und Problemlösungen in fachlich fundierten und diskursiven Prozessen nachvollzogen und reflektiert werden können.
- Fachdidaktischen Prinzipien: Mithilfe von fachdidaktischen Prinzipien wie Kontroversität, Aktualität, Exemplarität, Zukunftsorientierung und Handlungsorientierung können Problemstellungen rekonstruiert, Methoden genutzt und schülerorientiert Unterricht geplant, durchgeführt und reflektiert werden.
- Prinzip der Mehrdimensionalität: Bei der Analyse komplexer gesellschaftlicher Probleme finden sowohl politische, ökonomische als auch integrierende Fachkonzepte Berücksichtigung.
- Prinzip „vom Nahen zum Fernen“: Ausgehend von der Politik im Nahbereich wird zunehmend zum politischen Prozess und zu Systemen auf nationaler und supranationaler Ebene übergegangen; von der Situation und dem Verhalten des jugendlichen Konsumenten ausgehend werden dann Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik auf nationaler und supranationaler Ebene in den Blick genommen.

- Grad der Differenziertheit: Beginnend mit konkreten und relativ überschaubaren Strukturen werden zunehmend abstraktere und komplexere Strukturen von Politik und Wirtschaft erfasst. Von einem eher beschreibenden und einem zunehmend stärkeren analytischen Zugriff wird in der Folge ein kriterienorientiertes Urteilen ermöglicht.
- Phasen der kognitiven Entwicklung: Es wird von interpersonalen Deutungen, die an konkret handelnde Personen gebunden sind, zu transpersonalen Deutungen, die auf funktionale Strukturen der Gesellschaft gerichtet sind, übergegangen.
- Postulat des kumulativen Lernens: Die Lernprozesse bauen aufeinander auf und werden zunehmend systematisch vernetzt. Die erworbenen Kompetenzen werden immer wieder in unterschiedlichen Kontexten angewandt und dadurch aktiv gehalten.

2.4 Innere Differenzierung

Aufgrund der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, der individuellen Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen sowie des unterschiedlichen Lernverhaltens sind differenzierende Lernangebote und Lernanforderungen für den Erwerb der vorgegebenen Kompetenzen unverzichtbar. Innere Differenzierung als Grundprinzip in jedem Unterricht zielt auf die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ab. Dabei werden Aspekte wie z.B. Geschlecht, Alter, sozialer, ökonomischer und kultureller Hintergrund, Begabungen und motivationale Orientierungen, Leistungsfähigkeit und Sprachkompetenz berücksichtigt.

Aufbauend auf einer Diagnose der individuellen Lernvoraussetzungen unterscheiden sich die Lernangebote z.B. in ihrer Offenheit und Komplexität, dem Abstraktionsniveau, den Zugangsmöglichkeiten, den Schwerpunkten, den bereitgestellten Hilfen und der Bearbeitungszeit. Geeignete Aufgaben zum Kompetenzerwerb berücksichtigen immer das didaktische Konzept des Unterrichtsfaches. Sie lassen vielfältige Lösungsansätze zu und regen die Kreativität von Schülerinnen und Schülern an.

Vor allem leistungsschwache Schülerinnen und Schüler brauchen zum Erwerb der verpflichtend erwarteten Kompetenzen des Kerncurriculums vielfältige Übungsangebote, um bereits Gelerntes angemessen zu festigen. Die Verknüpfung mit bereits Bekanntem und das Aufzeigen von Strukturen im gesamten Kontext des Unterrichtsthemas erleichtern das Lernen.

Für besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler werden Lernangebote bereitgestellt, die deutlich über die als Kern an alle Schülerinnen und Schüler bereits gestellten Anforderungen hinausgehen und einen höheren Anspruch haben. Diese Angebote dienen der Vertiefung und Erweiterung und lassen komplexe Fragestellungen zu.

Innere Differenzierung fordert und fördert fächerübergreifende Kompetenzen wie das eigenverantwortliche, selbstständige Lernen und Arbeiten, die Kooperation und Kommunikation in der Lerngruppe sowie das Erlernen und Beherrschen wichtiger Lern- und Arbeitstechniken. Um den Schülerinnen und Schülern eine aktive Teilnahme am Unterricht zu ermöglichen, ist es vorteilhaft, sie in die Planung des Unterrichts einzubeziehen. Dadurch übernehmen sie Verantwortung für den eigenen Lernprozess. Ihre Selbstständigkeit wird durch das Bereitstellen vielfältiger Materialien und durch die Möglichkeit eigener Schwerpunktsetzungen gestärkt.

Um die Selbsteinschätzung der Schülerinnen und Schüler zu fördern, stellt die Lehrkraft ein hohes Maß an Transparenz über die Lernziele, die Verbesserungsmöglichkeiten und die Bewertungsmaßstäbe her. Individuelle Lernfortschritte werden wahrgenommen und den Lernenden regelmäßig zurückgespiegelt. Im Rahmen von Lernzielkontrollen gelten für alle Schülerinnen und Schüler einheitliche Bewertungsmaßstäbe.

3 Erwartete Kompetenzen

Die Kompetenzen sind den Kompetenzbereichen Sach-, Methoden- und Urteilskompetenz zugeordnet. Der Kompetenzaufbau ist in allen drei Kompetenzbereichen kumulativ.

Durch den Erwerb von Kompetenzen aus diesen drei Kompetenzbereichen werden die Schülerinnen und Schüler zunehmend befähigt, als politisch und ökonomisch selbstständig Handelnde an der Gesellschaft aktiv zu partizipieren. Eine so verstandene Handlungskompetenz ist Ziel eines kompetenzorientierten Unterrichts im Fach Politik-Wirtschaft. Die Schülerinnen und Schüler sind wahrnehmbar handlungskompetent, wenn sie begründet eine eigene Meinung vertreten, andere Meinungen nachvollziehen können, sich konfliktfähig verhalten und reflektierte Entscheidungen treffen. Sie handeln als entscheidungs- und interventionsfähige Bürger zunehmend verantwortungsbewusst.

3.1 Sachkompetenz

Als Sachkompetenz wird die Verfügbarkeit von anwendungsbezogenem Fachwissen bezeichnet. Damit sind nicht nur kognitiv geprägte Wissensaspekte gemeint, sondern auch Ordnungen des Wissens, welche den Schülerinnen und Schülern das Erkennen von politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Motiven, Prozessen und Strukturen ermöglichen.

Die Sachkompetenz bezieht sich durchgängig auf Gegenstandsbereiche, die grundlegende Wissensbereiche beider Domänen darstellen.

Die Schülerinnen und Schüler erkennen:

- Politik in ihrer inhaltlich-normativen Dimension als Gestaltungsaufgabe,
- Politik in ihrer prozessualen Dimension als Willensbildungs- und Entscheidungsprozess,
- Politik in ihrer institutionell-formalen Dimension als Rahmen für Entscheidungen,
- institutionell-rechtliche Bedingungen wirtschaftlichen Handelns,
- individuelles wirtschaftliches Handeln mit wesentlichen Aspekten aus der ökonomischen Verhaltenstheorie und Verhaltensökonomik,
- ökonomische Interdependenzen und Prozesse auch als Kreislaufzusammenhänge.

Die Sachkompetenz ist eher den inhaltsbezogenen Kompetenzen zugeordnet.

3.2 Methodenkompetenz

Als Methodenkompetenz wird die Fähigkeit zur zielgerichteten Nutzung fachspezifischer Instrumente verstanden, welche zum zunehmend selbstständigen Erlangen neuer Erkenntnisse beiträgt. Fachspezifische Methoden und Arbeitstechniken werden an Inhalten erworben und eingesetzt. Politische und ökonomische Phänomene werden mithilfe fachspezifischer Methoden analysiert (z. B. Politikzyklus, Kreislaufmodell). Fachspezifische Arbeitstechniken werden zur methodischen Erschließung genutzt (z. B. von Statistiken, Karikaturen). Die Methodenkompetenz beinhaltet auch eine zunehmende Reflexionsfähigkeit hinsichtlich der Potenziale und Grenzen von fachspezifischen Methoden.

Die Methodenkompetenz ist eher den prozessbezogenen Kompetenzen zugeordnet.

3.3 Urteilskompetenz

Unter Urteilskompetenz wird die fachlich fundierte, kriterienorientierte Darlegung eines Urteils oder einer Haltung verstanden. In Entscheidungssituationen im Unterricht zeigen sich Argumentations- und Empathiefähigkeit sowie Ambiguitätstoleranz. Die Schülerinnen und Schüler können mögliche individuelle, kollektive und institutionelle Problemlösungen beurteilen und begründet Stellung nehmen sowie eigene Problemlösungsansätze entwickeln. Dabei wenden sie Sachkompetenzen und Methodenkompetenzen an und reflektieren die eigenen Sach- und Werturteile. Die Erkenntniswege des politischen und ökonomischen Problemlösens und Urteilens werden reflektiert (z. B. Unterscheidung zwischen Sach- und Werturteil, Modellreflexion). Die Schülerinnen und Schüler nutzen die engen Verbindungen zwischen Politik, Wirtschaft und anderen Domänen, um bewusst multiperspektivisch zu beurteilen.

Die Urteilskompetenz ist eher den prozessbezogenen Kompetenzen zugeordnet.

3.4 Zusammenführung der Kompetenzbereiche

Die Zusammenführung der Kompetenzbereiche erfolgt im Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft über die genannten Gegenstandsbereiche.

Am Ende von Schuljahrgang 8:

	Sachkompetenz	Methodenkompetenz	Urteilskompetenz
	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...
Konsumentscheidungen Jugendlicher	• beschreiben Einkommensquellen und Möglichkeiten der Einkommensverwendung	• erklären einen einfachen Wirtschaftskreislauf	• überprüfen kriterienorientiert Konsumententscheidungen Jugendlicher
	• beschreiben Einflussfaktoren auf das Konsumverhalten Jugendlicher	• erklären Marketingstrategien anhand von Werbung	
	• beschreiben rechtliche Rahmenbedingungen für den Konsum Jugendlicher	• ordnen einen jugendspezifischen Fall mithilfe von Gesetzestexten rechtlich ein	
	• beschreiben Funktionen von Märkten und Preisen	• erläutern die Preisbildung mithilfe des Marktmodells	• überprüfen wesentliche Ergebnisse von Marktprozessen
Politische Entscheidungsprozesse im Nahbereich	• beschreiben Aufgaben der Kommunen und das Zusammenwirken von Organen der kommunalen Selbstverwaltung	• arbeiten grundlegende Elemente des Politikzyklus anhand eines kommunalen Entscheidungsprozesses heraus	•erörtern einen Entscheidungsprozess von kommunalen Institutionen
	• beschreiben Formen der kommunalen politischen Beteiligung (u.a. Wahlen, Bürgerbegehren und -entscheid)		• nehmen zu Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen Stellung
	• beschreiben Rahmenbedingungen kommunaler Haushaltspolitik		• nehmen zu wirtschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten von Kommunen Stellung

Konsumententscheidungen Jugendlicher

Die Problemstellungen im Gegenstandsbereich „Konsumententscheidungen Jugendlicher“ sind vorrangig auf das Basiskonzept „Motive und Anreize“ bezogen und werden primär über die Fachkonzepte „Nachhaltigkeit“, „Knappheit“ und „Werte“ entfaltet.

Mit dem integrierenden Fachkonzept „Nachhaltigkeit“ erschließen die Schülerinnen und Schüler die ökonomischen, ökologischen, sozialen und rechtlichen Implikationen jugendlichen Konsumverhaltens. Mithilfe des ökonomischen Fachkonzepts „Knappheit“ erfassen sie wirtschaftliches Handeln und Präferenzsetzung als Notwendigkeit angesichts begrenzter Mittel. Über das politische Fachkonzept „Werte“ wird die Relevanz individueller Wertorientierungen bei Konsumententscheidungen konkretisiert. Die Bedeutung des individuellen Konsumverhaltens wird kriterienorientiert überprüft.

Politische Entscheidungsprozesse im Nahbereich

Problemstellungen aus dem Gegenstandsbereich „Politische Entscheidungsprozesse im Nahbereich“ sind vorrangig auf das Basiskonzept „Interaktion und Entscheidung“ bezogen und werden primär durch die Fachkonzepte „Interesse“, „Partizipation“ und „Restriktion“ erschlossen.

Mit dem integrierenden Fachkonzept „Interesse“ erschließen die Schülerinnen und Schüler einen exemplarischen kommunalen Entscheidungsprozess hinsichtlich divergierender individueller, politischer und wirtschaftlicher Interessenlagen. Über das politische Fachkonzept „Partizipation“ konkretisieren sie Möglichkeiten und Grenzen politischer Teilhabe Jugendlicher im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess im Nahbereich. Mithilfe des ökonomischen Fachkonzepts „Anreize/Restriktionen“ verdeutlichen sich die Schülerinnen und Schüler, dass wirtschaftliche Rahmenbedingungen von Kommunen die Möglichkeiten der Interessendurchsetzung begrenzen.

Am Ende von Schuljahrgang 10:

	Sachkompetenz	Methodenkompetenz	Urteilskompetenz
	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...
Unternehmen und Arbeitsbeziehungen	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben betriebliche Grundfunktionen, Aufgaben und Ziele (ökonomische, soziale und ökologische) von Unternehmen vor dem Hintergrund staatlicher Regelungen 	<ul style="list-style-type: none"> • erläutern Zielsetzungen von Unternehmen am Beispiel eines Unternehmensleitbildes 	<ul style="list-style-type: none"> • erörtern Zielsetzungen von Unternehmen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen
	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben Elemente der Regelung von Arbeitsbeziehungen (u.a. Arbeits- und Tarifrecht, Mitbestimmung) 	<ul style="list-style-type: none"> • arbeiten Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern anhand eines Konfliktes heraus 	<ul style="list-style-type: none"> • beurteilen Lösungsmöglichkeiten eines Konfliktes aus der Arbeitswelt
Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf Bundesebene	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben das Wahlsystem bei Bundestagswahlen und dessen Funktionen 	<ul style="list-style-type: none"> • erklären mithilfe des Politikzyklus ökonomische und politische Zusammenhänge, Interessen, Lösungsmöglichkeiten und Auswirkungen eines aktuellen Entscheidungsprozesses 	<ul style="list-style-type: none"> • erörtern Lösungsmöglichkeiten eines aktuellen Entscheidungsprozesses
	<ul style="list-style-type: none"> • vergleichen die Verfassungsorgane hinsichtlich ihrer Funktionen im Prozess der Gesetzgebung 		
	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben Aufgaben und Funktionen der Parteien und die Rolle der Verbände im politischen Prozess 		
Verfassungsprinzipien und Wirtschaftsordnung	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben die Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes 	<ul style="list-style-type: none"> • erläutern das Demokratie-Modell des Grundgesetzes 	<ul style="list-style-type: none"> • beurteilen die Bedeutung der Verfassungsprinzipien im Grundgesetz
	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben die grundlegenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • erklären Funktionen des Staates auch mithilfe des erweiterten Wirtschaftskreislaufs 	<ul style="list-style-type: none"> • erörtern Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns in der Sozialen Marktwirtschaft

Wandel der Arbeitswelt	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben den Wandel der Arbeitswelt im Hinblick auf soziale und ökonomische Folgen 	<ul style="list-style-type: none"> • arbeiten mithilfe statistischer Materialien Erklärungen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandlungsprozesse heraus 	<ul style="list-style-type: none"> • erörtern Chancen und Risiken in der sich wandelnden Arbeitswelt, auch im Hinblick auf die eigene Erwerbsbiographie und Geschlechtergerechtigkeit
	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben den Wandel wirtschaftlicher Strukturen und betrieblicher Anforderungen an die Beschäftigten vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen im Betriebspraktikum 	<ul style="list-style-type: none"> • erkunden betriebliche Strukturen und Anforderungen an Betrieb und Beschäftigte anhand strukturierender Fragestellungen 	<ul style="list-style-type: none"> • überprüfen eigene Praktikumserfahrungen etwa hinsichtlich der Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels
Europäische Union	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben das Zusammenwirken von Institutionen der EU 	<ul style="list-style-type: none"> • erklären mithilfe des Politikzyklus einen europäischen Entscheidungsprozess 	<ul style="list-style-type: none"> • erörtern multiperspektivisch Interessen und Lösungsmöglichkeiten anhand eines aktuellen Entscheidungsprozesses innerhalb der EU
	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben politische Motive und die ökonomische Ausgestaltung der europäischen Integration 	<ul style="list-style-type: none"> • erläutern Szenarien für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union 	<ul style="list-style-type: none"> • nehmen Stellung zur Bedeutung der politischen und ökonomischen Integration Europas

Unternehmen und Arbeitsbeziehungen

Die Problemstellungen im Gegenstandsbereich „Unternehmen und Arbeitsbeziehungen“ sind vorrangig auf das Basiskonzept „Interaktionen und Entscheidungen“ bezogen und werden primär über die Fachkonzepte „Konflikt“, „Effizienz“ und „Gerechtigkeit“ erschlossen.

Mithilfe des ökonomischen Fachkonzepts „Effizienz“ erschließen die Schülerinnen und Schüler Grundfunktionen, Aufgaben und Ziele von Unternehmen und verdeutlichen Kosten-/Nutzenabwägungen der beteiligten Akteure in Tarifaueinandersetzungen. Das politische Fachkonzept „Gerechtigkeit“ wird genutzt, um die jeweilige Perspektive und Verantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinsichtlich Rentabilität, Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit zu erschließen. Das integrierende Fachkonzept „Konflikt“ wird genutzt, um Unternehmensziele vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen zu erörtern und Konfliktlösungsstrategien von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Tarifaueinandersetzungen zu beurteilen.

Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf Bundesebene

Problemstellungen aus dem Gegenstandsbereich „Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf Bundesebene“ sind vorrangig auf das Basiskonzept „Interaktionen und Entscheidungen“ bezogen und werden primär durch die Fachkonzepte „Anreize/Restriktionen“, „Legitimation“ und „Macht“ erschlossen.

Mit dem integrierenden Fachkonzept „Macht“ erschließen die Schülerinnen und Schüler multiperspektivisch einen aktuellen bundespolitischen Entscheidungsprozess. Dabei stellen sie politische und ökonomische Zusammenhänge, divergierende Interessenslagen und Lösungsmöglichkeiten insbesondere vor dem Hintergrund der Einflussmöglichkeiten von Akteuren heraus. Über das ökonomische Fachkonzept „Anreize/Restriktionen“ konkretisieren sie Auswirkungen konkreter politischer Entscheidungen auf das ökonomische Verhalten von Akteuren. Mithilfe des politischen Fachkonzepts „Legitimation“ verdeutlichen die Schülerinnen und Schüler, dass die am Entscheidungsprozess beteiligten Akteure mit unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten ausgestattet und ihr Handeln unterschiedlich gerechtfertigt ist.

Verfassungsprinzipien und Soziale Marktwirtschaft

Problemstellungen aus dem Gegenstandsbereich „Verfassungsprinzipien und Wirtschaftsordnung“ sind vornehmlich bezogen auf das Basiskonzept „Ordnungen und Systeme“ und werden primär erschlossen durch die Fachkonzepte „Sozialstaat“, „Demokratie“ und „Marktwirtschaft“.

Mit dem politischen Fachkonzept „Demokratie“ erschließen die Schülerinnen und Schüler das Demokratiemodell des Grundgesetzes und die Bedeutung der Verfassungsprinzipien. Gefährdungen der Demokratie durch politischen Extremismus sollten hier als Problemstellungen zum Ausgangspunkt der unterrichtlichen Realisierung gemacht werden. Mithilfe des ökonomischen Fachkonzepts „Wirtschaftsordnung“ erschließen die Schülerinnen und Schüler wesentliche Elemente der Sozialen Marktwirtschaft – auch im Hinblick auf Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns. Sie erfassen das Wettbewerbs-, das Marktkonformitäts- und das Sozialprinzip als grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Das integrierende Fachkonzept „Sozialstaat“ dient den Schülerinnen und Schülern dazu, die Zusammenhänge zwischen Verfassungsprinzipien und Wirtschaftsordnung zu verdeutlichen, indem Problemstellungen der Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs in den Blick genommen werden.

Wandel der Arbeitswelt

Problemstellungen aus dem Gegenstandsbereich „Wandel der Arbeitswelt“ sind vorrangig auf das Basiskonzept „Interaktionen und Entscheidungen“ bezogen und werden primär durch die Fachkonzepte „Arbeit“, „Sozialer Wandel“ und „Interdependenzen“ erschlossen.

Mit dem integrierenden Fachkonzept „Interdependenzen“ erschließen die Schülerinnen und Schüler die wechselseitige Abhängigkeit von wirtschaftlichen und sozialen Wandlungsprozessen und deren Auswirkungen auf Ökonomie und Gesellschaft vor allem im Hinblick auf betriebliche Strukturen, Arbeitsorganisation und Erwerbsbiographien. Mithilfe des politischen Fachkonzepts „Sozialer Wandel“ verdeutlichen die Schülerinnen und Schüler arbeitsmarktrelevante Entwicklungsprozesse in der Gesellschaft, um Chancen und Risiken für die eigene zukünftige Erwerbsbiographie zu erfassen. Über das ökonomische Fachkonzept „Arbeit“ konkretisieren sie strukturelle und betriebliche Wandlungsprozesse hinsichtlich der Veränderungen von Anforderungen an Betriebe und Beschäftigte, wobei sie auch auf Erfahrungen aus den schulischen Maßnahmen zur Berufsorientierung zurückgreifen.

Europäische Union

Problemstellungen aus dem Gegenstandsbereich „Europa“ sind vorrangig auf das Basiskonzept „Ordnungen und Systeme“ bezogen und werden primär durch die Fachkonzepte „Markt“, „Werte“ und „Integration“ erschlossen.

Mit dem integrierenden Fachkonzept „Integration“ erschließen die Schülerinnen und Schüler multiperspektivisch einen aktuellen europäischen Entscheidungsprozess. Dabei stellen sie politische und ökonomische Zusammenhänge, divergierende Interessenslagen und Lösungsmöglichkeiten insbesondere in Bezug auf die politische und ökonomische Ausgestaltung der Europäischen Union heraus. Über das ökonomische Fachkonzept „Markt“ konkretisieren sie die Bedeutung des europäischen Binnenmarktes für die ökonomische Ausgestaltung der europäischen Integration. Mithilfe des politischen Fachkonzepts „Werte“ erschließen die Schülerinnen und Schüler die Bedeutung des Europäischen Integrationsprozesses für die Sicherung von Menschenwürde, Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit.

4 Leistungsbewertung und Leistungsfeststellung

Leistungen im Unterricht sind in allen Kompetenzbereichen festzustellen. Dabei ist zu bedenken, dass die sozialen und personalen Kompetenzen, die über das Fachliche hinausgehen, von den im Kerncurriculum formulierten erwarteten Kompetenzen nur in Ansätzen erfasst werden.

Der an Kompetenzerwerb orientierte Unterricht bietet den Schülerinnen und Schülern einerseits ausreichend Gelegenheiten, Problemlösungen zu erproben, andererseits fordert er den Kompetenznachweis in Leistungssituationen. Ein derartiger Unterricht schließt die Förderung der Fähigkeit zur Selbsteinschätzung der Leistung ein. In Lernsituationen dienen Fehler und Umwege den Schülerinnen und Schülern als Erkenntnismittel, den Lehrkräften geben sie Hinweise für die weitere Unterrichtsplanung. Das Erkennen von Fehlern und der produktive Umgang mit ihnen sind konstruktiver Teil des Lernprozesses. Für den weiteren Lernfortschritt ist es wichtig, bereits erworbene Kompetenzen herauszustellen und Schülerinnen und Schüler zum Weiterlernen zu ermutigen.

In Leistungs- und Überprüfungssituationen ist das Ziel, die Verfügbarkeit der erwarteten Kompetenzen nachzuweisen. Leistungsfeststellungen und Leistungsbewertungen geben den Schülerinnen und Schülern Rückmeldungen über die erworbenen Kompetenzen und den Lehrkräften Orientierung für notwendige Maßnahmen zur individuellen Förderung. Neben der kontinuierlichen Beobachtung der Schülerinnen und Schüler im Lernprozess und ihrer individuellen Lernfortschritte, die in der Dokumentation der individuellen Lernentwicklung erfasst werden, sind die Ergebnisse mündlicher, schriftlicher und anderer fachspezifischer Lernkontrollen zur Leistungsfeststellung heranzuziehen.

In Lernkontrollen werden überwiegend Kompetenzen überprüft, die im unmittelbar vorangegangenen Unterricht erworben werden konnten. Darüber hinaus sollen jedoch auch Problemstellungen einbezogen werden, die die Verfügbarkeit von Kompetenzen eines langfristig angelegten Kompetenzaufbaus überprüfen. In schriftlichen Lernkontrollen sind alle drei Anforderungsbereiche „Reproduktion“, „Reorganisation und Transfer“ sowie „Reflexion und Problemlösung“ zu berücksichtigen. Festlegungen zur Anzahl der bewerteten schriftlichen Lernkontrollen trifft die Fachkonferenz auf der Grundlage der Vorgaben des Erlasses „Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5-10“ in der jeweils gültigen Fassung.

Zu mündlichen und anderen fachspezifischen Leistungen zählen z.B.:

- Beiträge zum Unterrichtsgespräch
- Mündliche Überprüfungen
- Unterrichtsdokumentationen (z. B. Protokoll, Lernbegleitheft, Lerntagebuch, Portfolio)
- Anwenden fachspezifischer Methoden und Arbeitsweisen
- Präsentationen, auch mediengestützt (z. B. durch Einsatz von Multi Media, Plakat, Modell)
- Ergebnisse von Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeiten und deren Darstellung
- Langzeitaufgaben und Lernwerkstattprojekte
- Freie Leistungsvergleiche (z. B. Schülerwettbewerbe)

Bei kooperativen Arbeitsformen sind sowohl die individuelle Leistung als auch die Gesamtleistung der Gruppe in die Bewertung einzubeziehen. So werden neben methodisch-strategischen auch die sozial-kommunikativen Leistungen angemessen berücksichtigt.

Die Grundsätze der Leistungsfeststellung und -bewertung müssen für Schülerinnen und Schüler sowie für die Erziehungsberechtigten transparent sein.

5 Aufgaben der Fachkonferenz

Die Fachkonferenz erarbeitet unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen und der fachbezogenen Vorgaben des Kerncurriculums einen schuleigenen Arbeitsplan (Fachcurriculum).

Die Erstellung des Fachcurriculums ist ein Prozess. Der schuleigene Arbeitsplan ist regelmäßig zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Die Fachkonferenz trägt somit zur Qualitätsentwicklung des Faches und zur Qualitätssicherung bei.

Die Fachkonferenz ...

- legt die Themen bzw. die Struktur von Unterrichtseinheiten fest, die die Entwicklung der erwarteten Kompetenzen ermöglichen, und berücksichtigt dabei regionale Bezüge,
- legt die zeitliche Zuordnung innerhalb der Doppelschuljahrgänge fest,
- entwickelt Unterrichtskonzepte zur inneren Differenzierung,
- arbeitet fachübergreifende und fächerverbindende Anteile des Fachcurriculums heraus und stimmt diese mit den anderen Fachkonferenzen ab,
- legt Themen bzw. Unterrichtseinheiten für Wahlpflichtkurse in Abstimmung mit den schuleigenen Arbeitsplänen fest,
- entscheidet, welche Schulbücher und Unterrichtsmaterialien eingeführt werden sollen,
- trifft Absprachen zur einheitlichen Verwendung der Fachsprache und der fachbezogenen Hilfsmittel,
- trifft Absprachen über die Anzahl und Verteilung verbindlicher Lernkontrollen im Schuljahr,
- trifft Absprachen zur Konzeption und zur Bewertung von schriftlichen, mündlichen und fachspezifischen Leistungen und bestimmt deren Verhältnis bei der Festlegung der Zeugnisnote,
- wirkt mit bei der Erstellung des fächerübergreifenden Konzepts zur Berufsorientierung und Berufsbildung und greift das Konzept im Fachcurriculum auf,
- entwickelt ein fachbezogenes Konzept zum Einsatz von Medien im Zusammenhang mit dem schulinternen Mediencurriculum,
- wirkt mit bei der Entwicklung des Förderkonzepts der Schule und stimmt die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung ab,
- initiiert die Nutzung außerschulischer Lernorte, die Teilnahme an Wettbewerben etc.,
- initiiert Beiträge des Faches zur Gestaltung des Schullebens (Ausstellungen, Projekttag etc.) und trägt zur Entwicklung des Schulprogramms bei,
- stimmt die fachbezogenen Arbeitspläne der Grundschule und der weiterführenden Schule ab,
- ermittelt Fortbildungsbedarfe innerhalb der Fachgruppe und entwickelt Fortbildungskonzepte für die Fachlehrkräfte

Anhang

Operatoren für das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft

Die folgenden Operatoren finden Verwendung in den Aufgabenvorschlägen im Zentralabitur. Damit die Schülerinnen und Schüler die Anwendungen der Operatoren und die damit einhergehenden erwarteten Leistungen rechtzeitig kennen lernen, ist auf eine zunehmende, differenzierte und lernstandsbezogene Nutzung der Operatoren in den Schuljahrgängen 8 - 10 zu achten.

Folgende Operatoren gelten nur für

Geschichte und Politik:	herausarbeiten, überprüfen
Geschichte:	in Beziehung setzen, interpretieren, nachweisen

Operator	Beschreibung der erwarteten Leistung	Verwendung in Erdkunde, Geschichte, Politik
Anforderungsbereich I		
beschreiben	strukturiert und fachsprachlich angemessene Materialien vorstellen und/oder Sachverhalte darlegen	Ek Ge Po
gliedern	einen Raum, eine Zeit, oder einen Sachverhalt nach selbst gewählten oder vorgegebenen Kriterien systematisierend ordnen	Ek Ge Po
wiedergeben	Kenntnisse (Sachverhalte, Fachbegriffe, Daten, Fakten, Modelle) und/oder (Teil-)Aussagen mit eigenen Worten sprachlich distanziert, strukturiert u. damit unkommentiert darstellen	Ek Ge Po
zusammenfassen	Sachverhalte auf wesentliche Aspekte reduzieren und sprachlich distanziert strukturiert und unkommentiert wiedergeben	Ek Ge Po
Anforderungsbereich II		
analysieren	Materialien, Sachverhalte oder Räume kriterienorientiert oder aspektgeleitet erschließen und strukturiert darstellen	Ek Ge Po
charakterisieren	Sachverhalte in ihren Eigenarten beschreiben, typische Merkmale kennzeichnen und diese dann gegebenenfalls	Ek Ge Po
einordnen	begründet eine Position/Material zuordnen oder einen Sachverhalt begründet in einen Zusammenhang stellen	Ek Ge Po
erklären	Sachverhalte so darstellen – gegebenenfalls mit Theorien und Modellen -, dass Bedingungen, Ursachen, Gesetzmäßigkeiten und/oder Funktionszusammenhänge verständlich werden	Ek Ge Po
erläutern	Sachverhalte in ihren komplexen Beziehungen an Beispielen und/oder Theorien verdeutlichen (auf Grundlage von Kenntnissen bzw. Materialanalyse)	Ek Ge Po
herausarbeiten	Materialien auf bestimmte, explizit nicht unbedingt genannte Sachverhalte hin untersuchen und Zusammenhänge zwischen den Sachverhalten herstellen	Ge Po
in Beziehung setzen	Zusammenhänge zwischen Materialien, Sachverhalten aspektgeleitet und kriterienorientiert herstellen und erläutern	Ge
nachweisen	Materialien auf Bekanntes hin untersuchen und belegen	Ge
vergleichen	Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede von Sachverhalten kriterienorientiert darlegen	Ek Ge Po

Anforderungsbereich III		
beurteilen	den Stellenwert von Sachverhalten oder Prozessen in einem Zusammenhang überprüfen, um kriterienorientiert zu einem begründeten <u>Sachurteil</u> zu gelangen	Ek Ge Po
entwickeln	zu einem Sachverhalt oder zu einer Problemstellung eine Einschätzung, ein konkretes Lösungsmodell, eine Gegenposition oder ein Lösungskonzept inhaltlich weiterführend und/oder zukunftsorientiert darlegen	Ek Ge Po
erörtern	zu einer vorgegebenen Problemstellung eine reflektierte, abwägende Auseinandersetzung führen und zu einem begründeten Sach- und/oder Werturteil kommen	Ek Ge Po
interpretieren	Sinnzusammenhänge aus Quellen erschließen und eine begründete Stellungnahme abgeben, die auf einer Analyse, Erläuterung und Bewertung beruht	
Stellung nehmen	Beurteilung mit zusätzlicher Reflexion individueller, sachbezogener und/oder politischer Wertmaßstäbe, die Pluralität gewährleisten und zu einem begründeten eigenen <u>Werturteil</u> führt	Ek Ge Po
überprüfen	Inhalte, Sachverhalte, Vermutungen oder Hypothesen auf der Grundlage eigener Kenntnisse oder mithilfe zusätzlicher Materialien auf ihre sachliche Richtigkeit bzw. auf ihre innere Logik hin untersuchen	Ge Po